Abendausgabe

Nr. 365 ♦ 43. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 180

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Donnerstag
5. August 1926

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297

Schröders Geständnis.

Unter dem Druck des Beweismaterials zusammengebrochen.

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts", die wahrscheinlich noch im Laufe des heutigen Tages eine amtliche Bestätigung erhalten wird, hat der jetzt endlich auch wegen Mordes angeschuldigte Schröder noch am Mittwoch abend ein volles Geständnis abgelegt. Nach anfänglichem sehr selbstbewußten Leugnen brach er schließlich unter dem Druck des von den Berliner Kriminalbeamten zusammengetragenen Beweismaterials, und angesichts des Geständnisses seiner Braut vollständig zusammen. Er gab auch zu, daß Rudolf Haas an der Tat in keiner Weise beteiligt sei, behauptete vielmehr, er habe seine falschen Angaben nur gemacht, weil er um seinen Kopf kämpfe.

Ueber die Vernehmung der Braut Schröders erfährt das „Berliner Tageblatt" folgende Einzelheiten:

Hildegard Götze hatte den Schröder in einem Magdeburger Tanzlokal kennengelernt. Schröder gab sich ihr gegenüber als Student aus, wobei ihm seine künstlichen Schmisse, die er sich selbst mit dem Rasiermesser beigebracht hatte, wirksam unterstützt hatten. Er erwarb schnell das Zutrauen des jungen unerfahrenen Mädchens und nach kurzer Zeit war sie seine Geliebte. Das war vor drei Jahren. Seitdem lebte die Götze mit Schröder in einem intimen Verhältnis, das die Mutter des Schröder nicht gern sah. Nach dem plötzlichen Tode der Frau zog die Götze zu ihrem Geliebten in das einsame Haus in Groß-Rottmersleben. Die Götze gibt auch jetzt an, daß sie überzeugt ist, daß Schröder seine Mutter nicht mit Absicht, sondern aus Versehen erschossen habe. Er habe stets liebevoll von seiner Mutter gesprochen und zärtlich an ihr gehangen.

In Groß-Rottmersleben ist es den beiden jungen Leuten dann sehr schlecht ergangen, da Schröder keine dauernde Beschäftigung finden konnte. Sie haben sich kümmerlich durchgehungert und lebten hauptsächlich von einer kleinen Rente, die Schröder bezog. Zeitweise waren die Beiden nahezu am Verhungern gewesen, wenn nicht gutmütige Nachbarn sie mit Nahrungsmitteln versorgt hätten.

So kam der Sommer 1925 heran, und Schröder war wieder einmal in einer **besonders mißlichen Lage.** Er besaß Mitte Juni nur noch einige wenige Pfennige. Am frühen Nachmittag des 10. Juni, als die Götze sich wieder einmal mit Schröder über die mißliche finanzielle Lage unterhielt, sagte Schröder seiner Geliebten plötzlich: **„Jetzt mache ich einfach Schluß. Heute nachmittag kommt jemand, mit dem muß etwas geschehen."** Tatsächlich erschien in den Nachmittagsstunden ein Mann mit einem Fahrrad. Schröder forderte seine Geliebte auf, ihn allein zu lassen. Die Götze sah nur noch, wie der Mann abstieg und sein Fahrrad an die Hauswand lehnte. Sie verließ die Wohnung durch die Hintertür und ging in den Garten, um sich dort zu beschäftigen. Plötzlich hörte sie zwei Schüsse fallen. Einige Zeit danach rief sie Schröder in das Haus zurück und fragte sie, ob ihr irgend etwas auffalle. Sie verneinte zunächst die Frage; später, so erklärte sie, **habe sie im Zimmer auf dem Teppich einen großen Blutfleck entdeckt, ebenso sei der Anzug des Schröder mit Blut bespritzt gewesen. Auch habe Schröder unmittelbar nach der Tat aus seiner Brusttasche mehrere größere Geldscheine hervorgeholt.** Ueber die Höhe der Summe weiß sie allerdings nichts zu sagen. Bei dem Vergraben der Leiche im Keller will die Götze nicht dabeigewesen sein. Sie blieb in Groß-Rottmersleben in der Wohnung des Schröder noch weiter mit dem Geliebten zusammen, bis sie nach dessen Verhaftung im März 1926 nach Köln ging, um dort eine Stellung anzunehmen.

Die Freunde des Schröder hat die Götze nach ihren Angaben alle genau gekannt. Einer der besten sei der in Haft sitzende Fischer gewesen. Von einer Mitwisserschaft dieses Fischer an der Ermordung Hellings weiß sie nichts. Den Namen Haas hat die Götze erst erfahren, nachdem Schröder verhaftet war, und zwar als Haas als der vermeintliche Anstifter verhaftet wurde. Unter den Bekannten des Schröder sei ein Rudolf Haas nicht gewesen; auch sein Name sei niemals genannt worden.

Die Einrichtung des Mordzimmers einschließlich des Teppichs hat Schröder nach und nach bei einem Trödler veräußert. **Der Kriminalpolizei ist es nunmehr gelungen, alle diese Stücke wieder herbeizuschaffen. Auf dem Teppich ist der Blutfleck noch zu finden.** Er wird mikroskopisch untersucht werden. Auch der chauffeurmäßige Anzug des Schröder, den er am Tage des Mordes getragen hat, ist aufgefunden worden. Das Fahrrad Hellings befindet sich nunmehr ebenfalls im Gewahrsam der Polizei. Es ist auch festgestellt, daß Schröder selbst der Mann war, der Helling aus seiner Wohnung gelockt hatte.

Schröders Gespräche.

Magdeburg, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Die von einem Teil der Presse veröffentlichten und von der Rechtspresse als richtig bestrittenen Gespräche Schröders mit einem Untersuchungsgefangenen, wonach er „das Ding" so drehe, daß „Schwarzweißrot gegen Schwarzrotgold" stehe, sind inzwischen protokollarisch festgelegt worden. Der Untersuchungsgefangene Provolka, der mit Schröder die Gespräche führte, hat seine bisherigen Angaben gleichzeitig eidlich erhärtet.

Der Magdeburger Polizeipräsident in Berlin.

Der Polizeipräsiden von Magdeburg, Menzel, wird am Donnerstag nachmittag den preußischen Minister des Innern in Gegenwart der beiden nach Magdeburg entsandten Berliner Kriminalkommissare über das Ergebnis der gestrigen Vernehmungen Bericht erstatten.

Was wird mit Kölling?

Es ist möglich, daß noch heute Entscheidungen darüber gefällt werden, ob Haas und Fischer weiter in Untersuchungshaft behalten werden können.

Nach dem Geständnis des Schröder bekommt die Affäre Kölling nunmehr ein ganz eindeutiges Gesicht. Das, was die Berliner Kriminalbeamten auf Anweisung des Oberstaatsanwalts jetzt ermittelt haben und durch direkte Vernehmung des Schröder festgelegt wurde, hätte schon vor mehreren Wochen ebenso eindeutig festgestellt sein können, wenn nicht der Untersuchungsrichter in einem geradezu unverständlichen Eigensinn jede Zusammenarbeit mit Berliner Kriminalbeamten abgelehnt und dadurch die Aufklärung längere Zeit verhindert hatte. Vorausgesetzt, daß die noch heute oder spätestens am Freitag zu erwartende amtliche Darstellung über die Ergebnisse der Schröderschen Vernehmung die bisherigen privaten Meldungen bestätigt, so würde sich auch die Frage ergeben, ob nicht der Untersuchungs- würde sich die Frage ergeben, ob nicht nur disziplinarrechtlich, sondern auch straf- und zivilrechtlich für seine Handlungen und Unterlassungen haftbar zu machen ist. Wir erwarten, daß das Justizministerium sich schleunigst über diese Dinge äußert.

Hugenbergs Ausreden.

Der Hugenberg-Presse wird in ihrer Rolle als Verteidiger richterlicher Ungeheuerlichkeiten nachgerade angst und bange. Heute versucht sie es in einer besonderen Notiz abzuleugnen, daß sie einseitig aus politischen Gründen für die Aktion des Magdeburger Untersuchungsrichters Stellung genommen habe, nur um den preußischen Innenminister, der Landeskriminalpolizei und vor allem dem Oberpräsidenten Hörsing etwas am Leibe zu flicken.

Diese Ausreden sind angesichts des Verlaufs der Vernehmungen des Schröder und seiner Braut zwar verständlich, können aber nichts an der Tatsache ändern, daß die Presse des Putschisten Hugenberg sich mit allen finanziellen und journalistischen Mitteln ins Zeug warf, um aus dem Magdeburger Richterskandal so etwas wie einen neuen „Barmat-Skandal" herauszudestillieren. Daß die Sache schief ging, ist nicht ihr Verdienst.

Die kommende Ratskrise.

Der Prüfungs-Ausschuß wird wahrscheinlich vor der Bundestagung zusammentreten.

London, 5. August. (WTB.) Wie verlautet, ist es wahrscheinlich, daß der Ausschuß für die Zusammensetzung des Völkerbundsrats, der sich im Juni vertagt hatte, vor dem Zusammentritt des Völkerbundsrats am 2. September wieder zusammenkommen wird. Lord Cecil ist der britische Vertreter in diesem Ausschuß. Es wird erwartet, daß die Zusammenkunft dieses Ausschusses Ende dieses Monats stattfinden wird.

Polen wiederholt die Forderung nach dem ständigen Sitz.

Warschau, 5. August. (WTB.) Minister des Aeußern Zaleski machte den hiesigen Vertretern der auswärtigen Presse Mitteilungen über Gegenwartsfragen der polnischen auswärtigen Politik. Der Minister betonte vor allem, daß ein **grundsätzliches Ziel der polnischen Politik die Erlangung eines ständigen Sitzes im Völkerbundsrat** sei, und er sprach die Hoffung aus, daß die Rekonstruktion des Rates unter Bedingungen vor sich gehen werde, die in der Septembertagung keinen Anlaß zu neuen Enttäuschungen geben würden. Polen werde alle Vorschläge unterstützen, die gewissen Ländern eine ständige Mitarbeit im Rate sichern wollen. Der Rat müsse so umgestaltet werden, daß Garantien für eine unparteiische Prüfung aller strittigen Fragen gegeben würden. Die rechtliche Natur des polnischen Mandats müsse so festgelegt werden, daß Polen keine mit seiner nationalen Würde und mit seinen großen in Frage kommenden Interessen unvereinbare Konzessionen zu machen brauchte.

Der Minister wiederholte, daß Polen den ehrlichen Wunsch hege, die deutsch-polnisch nachbarlichen Beziehungen auf der Grundlage gegenseitiger Zusammenarbeit aufzubauen. Entgegen allen Gerüchten nahmen alle deutsch-polnischen Vertragsverhandlungen einen normalen Verlauf. Es seien noch nicht alle Schwierigkeiten überwunden, aber er habe die Gewißheit, daß die Arbeit gut fortschreite. Deutschland mit seiner industriellen Ausrüstung könne für seine Fabrikprodukte in Polen Absatz finden, während Polen vor allem den Markt sich für die Produkte seines Ackerbaues und seiner Viehzucht sichern müsse. So könnten die beiden wirtschaftlichen Organismen einander mit Nutzen ergänzen.

Darauf kam der Minister auf die falschen Gerüchte über **Polens feindliche Absichten gegen Litauen zu sprechen.** Ich erkläre, sagte er in entschiedener Weise, daß **Polen keinerlei kriegerische Absichten gegenüber Litauen** hegt. Wir sind überzeugt, daß die Lebensbedingungen und sein eigenes Interesse früher oder später Litauen eine Aenderung seiner Politik auferlegen werden. Es ist unwahrscheinlich, daß für einen längeren Zeitabschnitt ein Zustand zugelassen wird, in dem wie heute eines der Mitglieder des Völkerbundes, Litauen, nach einer unbegründeten und rein individuellen Ansicht sich in einem latenten Kriegszustand mit einem anderen Bundesmitglied zu befinden glaubt. Wenn Litauen in seiner Politik sich von seinen realen Staatsinteressen leiten lassen wird, darf man hoffen, es werde früher oder später zu dem einzigen logischen Schluß gelangen, daß die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zu Polen notwendig ist.

Briands Aktivität.

Paris, 5. August. (TU.) Briand hat gestern nachmittag die Botschafter Spaniens, Polens und Japans empfangen. Alle drei Unterredungen hatten nach dem „Petit Parisien" die kommende Sitzung des Völkerbundes und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zum Gegenstand.

Sturmzeichen in Paris.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Paris, 4. August.

Poincaré hat gesiegt. Sein Triumph ist vollständig. Ihm, dem Führer des Nationalen Blocks, hat die Kammer des 11. Mai, auf die auch die französische Linke so stolze Hoffnungen gesetzt hatte, bewilligt, was sie allen seinen Vorgängern, was sie den erprobten Vorkämpfern der Demokratie verweigert hatte: Ihr Vertrauen und neun Milliarden neuer Steuern! Die hundert Abgeordneten der bürgerlichen Linken, die vor knapp einer Woche Herriot zu Fall brachten, noch ehe dieser Gelegenheit hatte, sein finanzpolitisches Programm zu entwickeln, haben vor Poincaré bedingungslos kapituliert, haben ihm gegenüber die fundamentalsten Rechte und Prärogativen des Parlaments preisgegeben und sich sein Steuerbukett vorbehaltlos zu eigen gemacht. Ein Teil der Radikalen aber hat Sozialisten und Kommunisten allein den Kampf gegen die volksfeindlichen Vorlagen überlassen und geglaubt, durch das bequeme Mittel der Stimmenthaltung sich um die Verantwortung vor dem Lande drücken zu können. Schlimmer hat noch kein Parlament das Mandat mißbraucht, das es von der Wählerschaft erhalten hatte. In den Ländern der Diktatur ist die Demokratie der brutalen Gewalt erlegen, in Frankreich aber hat die bürgerliche Linke sich selbst entmannt.

Wieder einmal ist es die wahllose Masse der Verbraucher, der Gehalts- und Lohnempfänger, der Armen und Aermsten, auf die die ganze Last der „Sanierung" abgewälzt werden soll. Sie, die bereits die ganzen Kosten der Geldentwertung getragen und auf deren Rücken die Spekulanten und Profitgeier der Inflation ihre Riesengewinne gemacht haben, sollen sich künftig noch mehr einschränken, noch mehr darben, um der „Rettung" des Franken willen, den finanzielle Mißwirtschaft und die Skrupellosigkeit einer ausschließlich den Interessen von Besitz und Kapital dienenden Politik an den Rand des Abgrundes gebracht haben. Die Besitzenden aber haben ihr Schäfchen längst ins Trockene gebracht. Die Kapitalsflucht in das Ausland hat das Land ausgepowert und alles bewegliche Vermögen dem Zugriff des Fiskus entzogen. Gleich Caillaux hat Poincaré den traurigen Mut aufgebracht, diese Fahnenflucht des Kapitals zu entschuldigen und sie mit der „ungeheuren, jedes vernünftige Maß übersteigenden Höhe der direkten Steuern" zu motivieren. Weil die Großen sich in Sicherheit gebracht haben, müssen die Kleinen aufs neue bluten!

Während Einkommens- und Erbschaftssteuern abgebaut werden, sollen aus Verkehrs- und Verbrauchsabgaben allein 5 Milliarden Mehreinnahmen herausgewirtschaftet werden. Die unausbleibliche Folge wird eine neue, in ihrem Ausmaß kaum abzusehende Erhöhung des in den letzten Wochen bereits rapide gestiegenen Preisniveaus sein. Der Arbeiter und Angestellte, der Beamte und alle die anderen in ihrem Lebensstandard durch die Inflation um Jahrzehnte zurückgeworfenen Volksklassen, die schon seit langem nicht mehr wissen, wie und wovon sie die von Tag zu Tag sprunghaft emporschnellenden Kosten ihres Haushaltes bestreiten sollen, sie werden in einem oder in zwei Monaten Brot und Fleisch um 30, um 40 Proz., vielleicht sogar um das Doppelte höher bezahlen müssen als heute. Gehälter und Löhne aber rühren sich nicht. Einer Deputation von Beamten, die gegen die Unzulänglichkeit der in Aussicht genommenen Teuerungszulagen protestierte, hat Poincaré dieser Tage geantwortet, daß er im Hinblick auf den Ernst der finanziellen Situation und auf die vitale Notwendigkeit, das Budget ins Gleichgewicht zu bringen, auch nicht einen Centime mehr auswerfen könne. Die privaten Arbeitgeber in Handel und Industrie sind blind und taub für das Elend und die Not ihrer Arbeiter und Angestellten. Forderungen nach Angleichung der Löhne und Gehälter an die steigenden Kosten der Lebenshaltung werden mit dem Hinweis beantwortet, daß das englische Pfund in den letzten vierzehn Tagen um nahezu 50 Punkte gesunken sei, ein Argument, dessen Zynismus kaum noch überboten werden kann; denn während nach dem amtlichen Index die Warenpreise mit Jahresbeginn um 60 bis 70 Proz. gestiegen sind und heute einem Pfundkurs von 180 bis 190 entsprechen, sind die Bezüge der Festbesoldeten seit dem vergangenen Jahre, wo das Pfund um 110 herum notierte, nicht mehr erhöht worden.

Wer heute den Pulsschlag der öffentlichen Meinung in Frankreich, die selbst von der bürgerlichen Linkspresse in schönfärberischen Darstellungen gefälscht wird, fühlen will, der braucht nur einen kurzen Rundgang durch die Markthallen der Arbeiterviertel zu machen, der braucht nur eine Viertelstunde lang den Frauen aus dem Volke zu lauschen, deren Verzweiflung über die nachgerade unerschwinglichen Preise der unentbehrlichsten Bedarfsartikel sich in Ausbrüchen Luft macht, die an das ferne Grollen eines aufziehenden Gewitters erinnern. Berechtigte Erbitterung und aufgespeicherter Groll haben einen Höhepunkt erreicht, der mit Schrecken an den Augenblick denken läßt, da die hell aufschlagenden Flammen der Verzweiflung diese Zündmasse zur Explosion bringen könnten.

Die breiten Massen in Frankreich haben alle Opfer und Entbehrungen, die ihnen der Krieg und seine wirtschaftlichen Folgen auferlegt haben, mit einer Geduld und Resignation getragen, die Bewunderung abnötigen. Ihr Vertrauen in die eigene Kraft des Landes und damit auch in die Zukunft seiner Währung, deren Sturz bis in die allerjüngste Zeit hinein als

eine unvermeidliche, aber vorübergehende Folge des Krieges angesehen wurde, war unbegrenzt. Die letzten Wochen haben einen gefährlichen Wandel geschaffen, die Stimmung innerhalb der Arbeiterschaft hat eine Zuspitzung erfahren, die beängstigend ist. Die Hand- und Kopfarbeiter beginnen am eigenen Leibe zu spüren, daß auch diesmal wieder sie allein bluten und alle Opfer bringen sollen zum Vorteil des Besitzes, den Poincaré mit Glacehandschuhen anfaßt. Das ist es, wogegen das französische Proletariat sich aufzubäumen beginnt. Das Maß ist voll. Das in wenigen Stunden durchgepeitschte Steuerprogramm, dessen Last zum weitaus größten Teil von den schwächsten Schultern getragen werden soll, droht es überlaufen zu lassen. Der Franzose ist nicht revolutionär in der Gesinnung, aber er hat revolutionäres Tempérament. Es dauert lange, bis es in Wallung gerät, aber es kann, wie die Geschichte lehrt, furchtbar sein in seinen Ausbrüchen.

Von der Tribüne der Kammer herab hat Genosse Vincent Auriol vor wenigen Tagen Poincaré beschworen, die Gefahr einer „Revolte des Elends" nicht auf die Spitze zu treiben. Seine Mahnung ist ungehört verhallt. Poincaré und die Mehrheit des Parlaments sind darüber zur Tagesordnung übergegangen. Man kann dem französischen Volk nur wünschen, daß es diese Blindheit seiner verantwortlichen Politiker nicht eines Tages bitter zu bereuen haben wird.

•

Landarbeiter und Landwirtschaftskredite.

Staatshilfe an die landwirtschaftlichen Unternehmer bedingt menschenfreundliche Einstellung.

Vom Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes wird uns geschrieben:

Die behördlichen Stellen lassen es sich angelegen sein, den landwirtschaftlichen Unternehmern Hilfe und Unterstützung in der vielseitigsten Weise zu gewähren. Es werden langfristige Goldbankdiskontkredite, Kredite zur Bergung der Ernte, Kredite für Beschaffung von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln und Summen hergegeben, die der Wiedergutmachung der durch das Hochwasser entstandenen Schäden dienen sollen.

Die Landarbeiter haben bisher gegen diese Einstellung der behördlichen Stellen keinerlei Einwendungen erhoben, weil sie die Hoffnung hatten, die den landwirtschaftlichen Unternehmern zuteil werdende Staatshilfe werde sich auch für sie vorteilhaft auswirken. Sie haben damit gerechnet, daß die empörende Bezahlung ihrer Arbeitsleistung endlich aufhört und fortan ein einigermaßen zeitgemäßer Lohn gewährt wird.

Heute müssen sich die Landarbeiter ernsthaft fragen, ob zu den behördlichen Aktionen weiter geschwiegen werden soll. Die Veranlassung dazu ergibt sich aus der Rolle, die die landwirtschaftlichen Unternehmer in letzter Zeit gespielt haben. Die Rolle war darauf eingestellt, jeden Antrag auf Erhöhung der Löhne rundweg abzulehnen und darüber hinaus noch zu versuchen, die bisherigen Löhne abzubauen. Von dem Willen, loyal und entgegenkommend zu handeln, war fast nirgends etwas zu merken.

Die behördlichen Stellen werden erklären, die Hilfsaktionen für die landwirtschaftlichen Unternehmer nicht einstellen zu können, weil mit denselben weniger deren Interessen, als denen der landwirtschaftlichen Produktion gedient werden sollen. Einen solchen Schritt verlangt keiner. Was aber verlangt wird, ist, daß die Behörden an die weitere Gewährung von Hilfe und Unterstützung die Bedingung knüpfen, die Haltung den Landarbeitern gegenüber zu ändern. Den landwirtschaftlichen Unternehmern muß es zur Pflicht gemacht werden, ihr rücksichtsloses und herrschsüchtiges Wesen abzustreifen und dafür menschenfreundlicher zu werden. Sie haben zu zeigen, daß sie in dem Landarbeiter nicht den Kuli, sondern den Menschen erblicken, durch dessen Wirken eine landwirtschaftliche Produktion überhaupt erst möglich ist.

Eine solche Bedingung ist unseres Erachtens ein Akt der Selbstverständlichkeit angesichts der Tatsache, daß die zur Verausgabung gelangenden Gelder solche des gesamten Volkes und nicht etwa einer kleinen Unternehmerschaft sind.

Studentische Flegel.

Sie beschimpfen die Reichsfarben.

Bonn, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem Deutschen Studententag kam es gestern zu einem neuen Flaggen-Zwischenfall. Bei einer Kundgebung auf dem Drachenfels, die fast ganz unter dem Zeichen Schwarzweißrot stand und bei der sich auch eine Jungdo-Abteilung mit Fahne eingestellt hatte, hielten es die republikanischen Studenten für zweckmäßig, auch die Reichsflagge zu zeigen. Auf dem Marsch blieben jedoch die hinter der schwarzrotgoldenen Flagge marschierenden bayerischen Gruppen ostentativ um mehrere hundert Meter zurück und begründeten das mit den bezeichnenden Rufen: „Schließt die Schwarzrotgelben ab!" und „Reißt den Fetzen herunter!" Als diese Angelegenheit auf der nächsten Sitzung des Studententages zur Sprache kam und von republikanischen Vertretern ein Antrag eingebracht wurde, der vom Studententag die Mißbilligung dieser Verächtlichmachung der Reichsflagge forderte, wurde dieser Antrag von der völkischen Mehrheit mit Hohngelächter abgelehnt. Die Völkischen erklärten selbstbewußt: „Das Herz des deutschen Studenten hängt an der Fahne schwarzweißrot."

Je mehr die reaktionäre Gesinnung der bisherigen Mehrheit in der deutschen Studentenschaft sich bemerkbar macht, um so fester werden die sozialistischen Studenten, deren Reihen sich von Tag zu Tag vermehren, sich mit der sozialistischen Arbeiterschaft verbünden und für die Freie Hochschule kämpfen, der die Zukunft gehört.

Der Fall Gürtner.

Kommunistischer Antrag auf Einberufung des ständigen Femeuntersuchungsausschusses in Bayern.

München, 5. August. (WTB.) Die Landtagsfraktion der KPD. hat gestern an den Vorsitzenden des ständigen Ausschusses des Landtages und an den Landtagspräsidenten den Antrag gerichtet, im Hinblick auf die Vorgänge bei der Ermordung des Kellners Hartung und die Pressenachrichten über die Ergebnisse des Femeuntersuchungsausschusses den Ständigen Ausschuß des Landtages zwecks Stellungnahme zum Falle Gürtner einzuberufen.

Nauheimer Feme.

Ein Stahlhelmmann erschießt sich.

Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Nauheim, daß sich dort am Mittwoch das Mitglied des Stahlhelms Hermann Bortmann in seiner Wohnung mit einem kleinkalibrigen Gewehr erschossen hat. Es ist vorläufig noch nicht bekannt, ob die Tat mit den aufgedeckten Femeaffären zusammenhängt.

Maslow ausgeschlossen.

Er wollte sich nicht verbannen lassen.

Auf Anweisung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale hat, wie der Reichsdienst der deutschen Presse erfährt, das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands den Kommunistenführer Maslow aus der Partei ausgeschlossen, nachdem er sich infolge seiner Krankheit geweigert hat, innerhalb der ihm von Moskau vorgeschriebenen Frist in Rußland zur „Erledigung seiner Angelegenheit" zu erscheinen.

Neuer Frankensturz.

Die heutige Berliner Börse war auch noch fest, wenn auch nicht mehr mit der Intensität wie am gestrigen Mittwoch. Montanaktien waren gefragt. Anscheinend glaubt man, angesichts der Vertagung des Parlaments mit einem Weitergehen des Streiks rechnen zu können. Bankwerte waren noch gefragt, besonders Handelsanteile. Farben zeigten einen unhörslichen Kurs von 295, waren aber offiziell nur 290. Der Geldmarkt ist außerordentlich erleichtert. **Die Frankvaluten gehen zurück, London-Paris 170—173, stark schwankend** (am Vormittag noch 165).

Der Mittellandkanal.

Kostenverteilung auf Reich und Länder.

In allen am Mittellandkanal beteiligten Ländern ist man zurzeit eifrig bei der Arbeit, die zum Ausbau des Kanals jetzt noch notwendige finanzielle Regelung des Landeskostenanteils zu treffen. Die Baukosten verteilen sich auf Reich und Länder wie folgt: Baukosten insgesamt 550 Millionen, Anteil des Reichs 365 Millionen. Der Rest verteilt sich auf die Länder nach folgendem Schlüssel: Preußen 80,7 Proz., Sachsen 11,5 Proz., Braunschweig 4,3 Proz., Thüringen 0,5 Proz., Anhalt 2,5 Proz.

Der Hauptausschuß des Braunschweigischen Landtags hat am Mittwoch bereits — wie uns von dort gemeldet wird, eine Notverordnung angenommen, durch welche der Kostenanteil Braunschweigs finanziert und damit die Aufnahme der Bauarbeiten am Mittellandkanal, an denen Braunschweig unmittelbar interessiert ist, gesichert wird. Zunächst werden die Arbeiten von Peine bis Wolfenbüttel sowie an dem Bodekanal in Angriff genommen. Ein Teil der Arbeiten wird durch kurzfristige Anleihen finanziert.

Die Milde des Emirs von Afghanistan.

Stratil-Sauer verurteilt und begnadigt.

Vor mehreren Monaten erschoß der deutsche Forschungsreisende Dr. Stratil-Sauer in Afghanistan in der Notwehr einen Afghanen, von dem er sich während eines Wortwechsels bedroht glaubte. Nun kennt das afghanische kirchliche Recht zwar den Begriff der Notwehr, aber die Notwehr muß durch zwei islamische Zeugen bewiesen werden. Da die Tat aber ohne Zeugen geschehen war, konnte der deutsche Gelehrte die Notwehr nicht beweisen. So wäre seine Tötung als Mord zu bestrafen gewesen, der mit dem Tode gesühnt wird. Auf die Anwendung dieser Todesstrafe haben die Angehörigen des Getöteten ein Recht. Sie können auf dieses Recht der Blutrache verzichten. Dem Schwager des Getöteten wurde dieses Recht abgekauft, und so ging Stratil-Sauer vor dem kirchlichen Gericht frei aus.

Dann aber nahm sich die weltliche Gerichtsbarkeit des Staates der Sache an. Nach dem weltlichen Strafrecht steht auf Tötung lebenslängliche Gefängnisstrafe. Nun besteht das Gericht aus den höchsten Beamten des Reiches. Angesichts der guten diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Afghanistan hat dieser Gerichtshof sich dann damit begnügt, eine Strafe von vier Jahren Gefängnis auszusprechen. Soeben trifft die Nachricht ein, daß der Emir von Afghanistan den Verurteilten begnadigt hat. Stratil-Sauer ist bereits der deutschen Gesandtschaft in Kabul übergeben worden und wird in den nächsten Tagen die Rückreise nach Deutschland antreten.

„Dieser Akt des Herrschers von Afghanistan wird", so erklärt die Reichsregierung halbamtlich, „als ein neuer Beweis für seine freundschaftlichen Gefühle für Deutschland mit Befriedigung und Dankbarkeit begrüßt werden."

Selbstmord eines Landtagsabgeordneten. Am Donnerstag früh hat sich der anhaltische Landtagsabgeordnete Wieland erschossen. Er fiel in die Elbe. Seine Leiche wurde von in der Nähe weilenden Personen herausgezogen. Gegen Wieland soll eine Anzeige wegen Sittlichkeitsverbrechen erstattet worden sein.

Haussuchung bei der „Roten Fahne". In der kommunistischen Friedrichstadtdruckerei in Berlin wurde am Mittwoch durch Berliner Kriminalbeamte gehaussucht. Dieser Schritt ergab sich aus dem Verdacht, daß die Kommunisten unter dem Titel „Rote Sturmfahne" ohne Angabe des Druckers und Verlegers schon seit längerer Zeit eine Zeitung verbreiten, die in der Friedrichstadtdruckerei hergestellt worden sein soll.

Mussolini und Abessinien. Als in Addis Abbeba das englisch-italienische Abkommen bekannt wurde, führten die drei oder vier Blätter der Landeshauptstadt gegen Mussolini eine derart heftige Sprache, daß der italienische Gesandte sich beschwerte. Der Prinzregent erklärte, das lebhaft zu bedauern. Er könne aber dagegen nichts tun, denn in Abessinien gäbe es nun einmal — Freiheit der Presse!

Ein Bildermarkt am Montparnasse.

Nach Italien und Holland ist seit langem Frankreich als klassisches Land der Malerei zu betrachten, und was einst dem Maler Florenz oder Rom gewesen sein mochten, ist ihm heute Paris. Künstler aller Weltteile treffen hier zusammen und tauschen, wenn sie überhaupt etwas zu sagen haben, ihre Meinungen und Theorien über die Künste aller Zeiten, vornehmlich aber über die moderne Kunst aus. Sie alle glauben an die Kunst, sie alle leben nur ihretwegen. Dieser Glaube an eine Idee — oder bloß an ein Phantom — ist ihnen Halt und Stütze und erlaubt ihnen, Energien zu entfalten, Kräfte im Kampf ums Dasein und eine Aufopferung für das Idol, denen man im Berufsleben wohl kaum begegnen dürfte. Wer einen Blick hinter die Kulissen des „lustigen" Lebens der Boheme vom Montparnasse geworfen und dieses Leben näher und aufmerksamer betrachtet hat, der wird vor allem sehen, daß diese Tausende und aber Tausende von Malern — die Malergemeinde zählt hier angeblich über 35 000 Köpfe — größtenteils nicht von ihrer Malerei leben. Diejenigen, die das zustandebringen, die mehr oder weniger Bilder verkaufen, aber jedenfalls vom Verkauf ihrer Bilder ihren Lebensunterhalt bestreiten, werden von den anderen Kollegen bereits als „Arrivisten", als Sieger, betrachtet. Jene aber, die es noch nicht können, die es, sei es aus Mangel an Talent, Fertigkeit, Bekanntschaft oder einfach aus „Pech", noch nicht soweit gebracht haben, müssen es eben versuchen, auf anderen Wegen ihren notdürftigsten Lebensbedarf zu decken. Der Fremde, der aus Laune eine Nacht am Montparnasse verbringt, muß der äußeren Maske des Quartiers den Eindruck der Heiterkeit und Sorglosigkeit abgewinnen. Aber die Wirklichkeit hat ein anderes Gesicht. Um tagsüber malen zu können, verdingen sich die meisten jungen Künstler für Nachtarbeiten. Auf dem naheliegenden „Gare du Montparnasse", kaum einige Schritte von der beleuchteten, sorglosen „Rotunde", arbeiten Hunderte junge Maler als Arbeiter, Gepäckträger, Chauffeure, Straßenkehrer. . . .

Um diesen jungen notleidenden Künstlern zu helfen, d. h. um sich auch selbst zu helfen, kamen die Künstler vom Montparnasse auf einen sonderbaren Einfall, der um so praktischere Aussichten hat, je waghalsiger, je phantastischer er für den ersten Augenblick zu sein scheint. Vor allem also bildeten sie eine Gruppe, der sie auch einen wohlklingenden Namen beigegeben hatten: „Die Horde vom Montparnasse". Dann versammelten sie sich, um Kriegsrat zu halten. Es wurde kurzweg beschlossen: Der Künstler müsse frei sein. Was ist aber die Freiheit eines Künstlers? Antwort: Unabhängigkeit vom Kunsthändler. Bravo! Es lebe die unmittelbare Fühlung mit dem Publikum. . . . Man kam also auf den waghalsigen Einfall, einen Markt, ja, einen Bildermarkt, auf einem der öffentlichen Plätze der Umgebung vom Montparnasse — oder sogar mittendrein — zu veranstalten. Die Vorbereitungen dauerten nicht lange, und nun fand dieser Tage auch der Markt statt.

Auf dem Boulevard Raspail, zwischen der „Rotunde" und dem „Métro" (Untergrundbahn) Notre-Dames-des-Champs, schlugen am Sonnabend und Sonntag junge Künstler ihre Buden auf, legten — sonst „stellen" sie immer — ihre Bilder aus, und warteten. . . . Manche von ihnen haben sogar Gehilfen gehabt, das heißt: Gehilfinnen, und zwar waren es jene aus Mugers „Leben der Boheme" bereits bekannten Freundinnen, die sich auch diesmal treu und opferfreudig erwiesen. Immer zahlreicher strömte das Publikum herbei, Musik spielte — natürlich Jazzband — und abends flackerten bunte Lampions über dem schönen Boulevard Raspail. . . Die jungen Leute boten ihre Kunst nicht an, sie schachterten nicht, sie warteten ab. Die Kunstliebhaber meldeten sich schon von selber. Und — was wichtiger ist — sie kauften, und zwar zu guten Preisen. Nicht „ausstellende" Künstler, deren Ambitionen oder Schamhaftigkeit ihnen dieses „Entblößen" nicht gestatteten, sahen dem flotten Betrieb des Kunstmarktes mit stillem Neid und geheuchelter Verachtung zu. Aber innerlich platzten sie vor Wut. Denn den Ausstellenden brachte dieser originelle Markt, wie behauptet wird, rund 200 000 Franken, eine Summe, die nicht zu verachten ist. Angesichts dieser Tatsache haben die nichtausstellenden Maler ihre Ambitionen aufgegeben und sind alle in die „Horde du Montparnasse" eingetreten, um demnächst einen zweiten Bildermarkt zu organisieren. . . .

A. Pf.

Planeten-Sehenswürdigkeiten.

Am Morgenhimmel des 6. August wird sich bei günstiger Witterung dem Frühaufsteher wie auch dem späten Nachtwandler ein schönes Schauspiel am südöstlichen Himmel darbieten, das zu beobachten sich wohl verlohnt. Der an schmaler abnehmender Sichel glänzende Mond wird an diesem Morgen in unmittelbarer Nähe am Morgenstern, dem Planeten Venus, vorüberziehen. Die eigentliche Konjunktion beider Himmelskörper findet um 3 Uhr 5 Minuten statt; bei dieser steht Venus dem Monde so nahe, daß sie für einen südlicheren Beobachter von ihm bedeckt wird. Außer dieser Erscheinung gewährt der Morgenhimmel aber noch weitere Sehenswürdigkeiten, insbesondere die der gleichzeitigen Sichtbarkeit dreier heller Hauptplaneten. Der alle Gestirne des Himmels an Glanz überstrahlenden emporsteigenden Venus gegenüber strebt im Südwesten der ebenfalls sehr helle Planet Jupiter dem Horizont zu, so daß es den Anschein hat, als gäbe es zwei Morgensterne. Etwa in der Mitte zwischen den beiden Planeten (gegen 5 Uhr im Meridian) gewahrt man einen dritten Planeten, den an seiner ausgesprochen rötlichen Farbe leicht kenntlichen Mars, der abends im Osten aufgeht; wenn der vierte jetzt noch sichtbare Planet, der Saturn, im Südwesten verschwindet. In der zweiten Monatshälfte kann man sogar noch einen fünften Planeten am Morgenhimmel beobachten, den verhältnismäßig selten sichtbaren Merkur, der östlich (links) von Venus in der Dämmerung funkelt, also noch etwas später als der ungefähr zwei Stunden vor der Sonne aufgehende Morgenstern heraufkommt. Dem jetzt während der ganzen Nacht sichtbaren Jupiter nähert sich der Mond kurz vor Mitternacht zum 24. August; die Vollmondscheibe wandert dabei sehr nahe südlich an den Planeten vorüber. An dem roten Mars zieht der dann schon in abnehmender Phase stehende Mond kurz vor Mitternacht zum 29. August südlich vorbei.

Ein Grabdenkmal für Lily und Otto Braun. Am 8. Juli waren es zehn Jahre, als Lily Braun, die Schriftstellerin und Sozialistin starb — 90 Wochen später fiel ihr Sohn auf französischer Erde. Zu ihrem zehnjährigen Todestage ist jetzt in dem Garten in Berlin-Zehlendorf, wo unter alten Eichen die Asche von Mutter und Sohn nebeneinander ruht, ein Grabdenkmal aufgestellt worden. Prof. Hugo Lederer hat es in der Form einer frühgriechischen Grabstelle geschaffen. Die Mutter schreitet auf einer Tempelstufe dem frühvollendeten Sohne entgegen und reicht ihm die Hand. Das Grabmal wird oben von einer Urne gekrönt; die Figuren haben etwa dreiviertel Lebensgröße und das Ganze ist in Untersberger Marmor ausgeführt.

Das Vorgehen gegen Direktor Kaesbach. Wie die „Düsseldorfer Lokalzeitung" meldet, ersuchen 11 Professoren und Lehrer der Kunstakademie in einer Eingabe an den Kultusminister um Eröffnung des Disziplinarverfahrens gegen Direktor Kaesbach mit dem Ziele der Entfernung aus dem Amt. Der Minister hat ihnen geantwortet, daß die vorgebrachten Gründe zu einem solchen Schritt nicht ausreichten. Im übrigen billige er das Verhalten Kaesbachs nicht und er habe ihm das auch selbst mitgeteilt. Die Gründe für das Vorgehen eines großen Teiles der Lehrerschaft der Düsseldorfer Kunstakademie gegen Kaesbach liegen in der bewußten Bevorzugung des Modernen und der Vernachlässigung des Alten durch den Direktor.

Moderne Einladung zum Kirchenbesuch. Die englische Kirche beginnt sich dem modernen sonntäglichen Ausflugsbetrieb in entgegenkommender Weise anzupassen. Der Kirchenvorstand eines beliebten Ausflugsortes in der Nähe von London läßt jetzt den Ausflüglern schon am Bahnhof Einladungskarten in die Hand drücken, in denen sie um den Besuch der Kirche gebeten werden. Die Einladung fügt ausdrücklich hinzu, daß man durchaus nicht konventionell sei, die Besucher könnten ebensogut im Flanellanzug oder Sportkostüm, wie in einem Morgenanzug oder im Cutaway erscheinen. Es würde in keiner Weise Anstoß genommen werden.

Die Kulturaufgabe des deutschen Films. Der Bund Deutscher Lehr- und Kulturfilmhersteller e. V. hat in seiner letzten Mitgliederversammlung eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die alle darauf abzielen, dem wertvollen Lehrfilm und dem überwiegend volksbildenden Film im Zusammenhange mit den neuen Reichsratsbestimmungen über die Lustbarkeitssteuer den ihm zukommenden Platz im Beiprogramm unserer Lichtspieltheater wieder zu sichern.

Städtische Volkskonzerte des Berliner Sinfonie-Orchesters finden im Monat August an folgenden Tagen statt: 16. August Brauerei Friedrichshain, 17. August Bürgerpark Pankow, 18. August Parkaue, Lichtenberg, 24. August Kriegervereinshaus, Chausseestraße, 26. August Neue Welt, Hasenheide, 27. August Friedrichshagen, Schröders Festsäle. Dirigent: Th. Mängersdorf, Solist: Kammersänger Werner Engel. Karten à 40 Pf. bei Wertheim, Hertzb, Engelufer, Bezirksämtern, Orchesterbureau, Lützowstraße 76, Konzertlokale und Abendkasse.

Im Trianon-Theater findet morgen die Erstaufführung des dreiaktigen Schauspiels „Victorinens Hochzeitstag" von George Sand statt. Das Stück erlebt in Deutschland seine Uraufführung.

Die Sozialisten gegen die Inflation.

Die Amortisationskasse soll verfassungsmäßig gesichert werden.

Paris, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Finanzkommission der Kammer hat gestern nach längeren Erklärungen Poincarés seine Entwürfe über die Schaffung einer Amortisationskasse mit 12 gegen 7 Stimmen angenommen. Die Diskussion verlief ziemlich lebhaft. Die Sozialisten erklärten: Wenn die Regierung ehrlich eine Deflationspolitik treiben wolle, sie dann nicht gleichzeitig die Bank von Frankreich ermächtigen dürfe, den Notenumlauf zu erhöhen. Selbst wenn die neu auszugebenden Noten durch Devisenankäufe gedeckt sind, so bliebe die Neuausgabe trotzdem eine verkappte Inflation. Poincaré bestritt diese Auffassung und erklärte, die Inflation beginne erst dann, wenn das Verhältnis zwischen Goldbestand und den in Umlauf befindlichen Noten sich verschieben werde. Das sei bei seiner Vorlage gerade nicht der Fall.

Die beiden Vorlagen werden heute nachmittag der Kammer zugehen. Die Diskussion im Plenum wird sofort beginnen, wenn der Senat sie seinerseits angenommen hat. Für diesen Fall würde die Nationalversammlung etwa am Dienstag stattfinden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Nationalversammlung zwei Tage dauern wird. Man glaubt, daß von seiten der Kommunisten Obstruktionsmanöver unternommen werden.

Ein Rückblick Renaudels.

Paris, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) In der „Vie Socialiste" veröffentlicht Genosse Renaudel eine interessante Darstellung der Vorgänge bei der Kabinettsbildung durch Herriot und dessen Bemühungen, die Sozialisten zum Eintritt in sein Kabinett zu bewegen. Herriot erklärte der sozialistischen Delegation, bestehend aus Blum, Auriol, Renaudel und Faure, daß alle seine bisherigen Besprechungen nebensächlich seien und er seine erste entscheidende Aussprache mit der sozialistischen Partei haben müsse. Blum, Renaudel und Auriol stellten ihm darauf zahlreiche Fragen über sein Finanzprogramm, sein politisches Programm, die Zahl der Portefeuilles, die er den Sozialisten zugestehen wolle und welche Portefeuilles das sein sollten. Insbesondere fragte man ihn, ob er Einwände gegen die eventuelle Betrauung eines Sozialisten mit dem Finanzportefeuille zu machen habe.

Herriot erwiderte, er sei kein prinzipieller Gegner der Kapitalsteuer. Die technischen Einzelheiten seien zwischen ihm und der Sozialistischen Partei für den Fall der Uebernahme des Finanzportefeuilles durch einen Sozialisten später zu regeln. Er sehe ebenfalls keinen Hindernisgrund, einen Sozialisten mit dem Portefeuille des Krieges zu betrauen. Die Zahl der Portefeuilles, die den Sozialisten zugestellt würden, müsse proportionell der zahlenmäßigen Stärke ihrer Parlamentsfraktion bleiben. Alles in allem, schloß Herriot, beständen zwischen ihm und den Sozialisten keine prinzipiellen Gründe, die eine enge politische Zusammenarbeit ausschlössen. Die technischen Einzelheiten dieser Zusammenarbeit müßten in einer geschäftlichen Verhandlung geregelt werden. Herriot war, so schließt Renaudel seinen Bericht, durch keinerlei Zugeständnisse nach irgendeiner Richtung hin gebunden und die Verhandlungen auf Eintritt der Sozialisten in ein Ministerium Herriot hätten in durchaus loyaler Weise fortgesetzt werden können.

Wieder ein Autonomist verurteilt.

Amtsenthebung und Pensionsverlust.

Colmar, 5. August. (WTB.) Die Disziplinarkammer verurteilte den wegen Unterzeichnung des Heimatbundmanifestes angeklagten Professor Rossé zur Enthebung von seinem Amte und zur Tragung der Kosten des Verfahrens. Professor Rossé wurde für die Dauer von fünf Jahren der Bezug einer Rente in Höhe von neun Zehnteln seiner gesetzlichen Pension zugebilligt. (Nach Ablauf dieser Uebergangszeit erhält er also keine Pension mehr. Die Red.)

Das Gericht tadelt den Mangel an Sympathie für Frankreich.

Paris, 5. August. (TU.) In der Urteilsbegründung heißt es: Einem jeden Beamten sei es freigestellt, seine eigene Meinung zu haben. Aber als Staatsdiener sei er verpflichtet, sich bei der Betätigung seiner Rechte eine gewisse Reserve aufzuerlegen. Der Aufruf des Heimatbundes reize die Elsaß-Lothringer durch Ton und Geist auf. Die Tätigkeit der französischen Regierung werde mit systematischer Parteilichkeit beurteilt. In dem Aufruf finde sich kein Wort der Sympathie und der Anhänglichkeit gegenüber Frankreich, das im Interesse der Elsaß-Lothringer so große Opfer gebracht habe. (!) Der Aufruf müsse als separatistisch bezeichnet werden. Rossé habe seine Pflicht schwer verletzt. Als einziger Milderungsgrund kämen seine unbestreitbaren beruflichen Fähigkeiten in Betracht, zumal sein Unterricht von nationalem Standpunkte aus durchaus einwandfrei gewesen sei. (!)

Regierung und Bergarbeiterstreik.

Erklärungen im Unterhaus.

London, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Das Unterhaus ist in die Sommerferien gegangen. Es wird am 30. August zu einer formalen Sitzung zusammentreten, in deren Verlauf lediglich das Ausnahmegesetz erneuert werden soll. Ein Antrag der Arbeiterpartei, eine Vertagung nur bis zum 17. August eintreten zu lassen, wurde mit 173 gegen 49 Stimmen abgelehnt. Dabei erklärte Außenminister Chamberlain in Vertretung Baldwins, daß der Kohlenstreik nur durch ein Entgegenkommen der Bergarbeiter oder der Grubenbesitzer beendet werden kann. Alle Erörterungen im Parlament würden an dieser Auffassung der Regierung nichts ändern.

London, 5. August. (WTB.) Der Arbeitsminister erklärte im Unterhause, die Regierung werde während der Parlamentsferien alles tun, was in ihrer Macht stehe, um die Bergherren und die Bergarbeiter zu einer Besprechung über eine Verständigung zu veranlassen. Er wandte sich nachdrücklich gegen die Gerüchte, wonach die Bergarbeiter Hunger litten, und bezeichnete diese Gerüchte als tendenziös. Die Bergherren und die Bergarbeiter hätten die Pflicht, über eine Regelung zu verhandeln. Der Minister forderte die Abgeordneten der Arbeiterpartei auf, während der Parlamentsferien für eine Regelung des Konflikts zu wirken. Er erklärte, trotz der Vertagung des Parlaments bis zum 9. November würde es früher einberufen werden, wenn die Fortdauer des Konflikts im Bergbau dies notwendig mache. Die Kohleneinfuhr aus dem Auslande belaufe sich wöchentlich auf 600000 Tonnen.

Minister Churchill kündigte für die nächste Tagung eine Vorlage an, die Beamtenverbänden die Zugehörigkeit zu einer politischen Organisation (lies: Arbeiterpartei! Red.) oder einem Gewerkschaftsbund (lies: Generalrat! Red.) verbieten soll!

Die ersten Stoppeln.

Vor kurzem war in einem der „parteilosen" Blätter, die unter dem Deckmantel der Unparteilichkeit dem Leser das konservativ-agrarische Dogma in homöopathischen Dosen verabreichen, von der großartigen Ernte des deutschen Volkes zu lesen. Große Vorräte seien schon geborgen und großartige Resultate noch zu erwarten. Daß solche Behauptungen und Prophezeiungen der Wahrheit nicht entsprechen, liegt auf der Hand. Man weiß, wie sehr weite Landstriche unter Wasserschäden gelitten haben, und wie die kühle und nasse Witterung des Sommers die empfindlichen Kulturen, namentlich in den niedrig gelegenen Gebieten, geschädigt hat. Die Lobredner der diesjährigen Ernte haben freilich in sofern recht, als die Körnerernte in der Tat ein gutes Erträgnis liefert. Jetzt ist die Ernte des Roggens zum großen Teil schon beendet, der Wind und die Sonne herrschen auf den Stoppeln, die dem Kundigen die ersten Zeichen dafür sind, daß die Tage des Sommers gezählt sind. Aber auch Hafer und Gerste geben gute Ernte — goldgelb schimmern die Felder, auf denen die Schnitter oder die Mähmaschinen ihre Arbeit vollführen. Der Großagrarier darf schmunzeln — reichen Segen hat er von diesen Feldern zu verzeichnen. Die Arbeiter machen die Arbeit in brennender Sonnenglut. Wird ihr Lohn mit dem Ertrage gleichen Schritt halten? Die Klagen über Lohndrückerei, namentlich durch Verwendung nicht landeszugehöriger Wanderarbeiter, geben die Antwort. Wie vor dem Kriege, so geht auch jetzt ein großer Strom von Arbeitskräften durch die deutschen Lande — ja, er ist vielleicht noch größer geworden durch die vielen „Staatenlosen", die vor der Rückkehr in ihre eigentliche Heimat eine begreifliche Scheu haben. Die agrarischen Verhältnisse reden eine deutliche Sprache für den, der sie verstehen will. Die hohen Preise, die jetzt gezahlt werden, stimmen weder zu den Lobgesängen auf die gute Ernte, noch zu den tatsächlichen Ergebnissen. Wenn dann die Rechenkünste agrarischer Steuerbureaus für Großagrarier noch ein Defizit herausrechnen, so wird die unsoziale Wirkung der heutigen agrarischen Verhältnisse und der Steuerwirtschaft erst recht offenbar. Der Wind, der über die Stoppeln weht, sollte in diese der Gerechtigkeit hohnsprechenden Zustände hineinfahren — zum Besten unseres hart schaffenden und vielfach notleidenden Volkes.

Die gestrigen Zusammenstöße.

Eine Erklärung des Polizeipräsidenten.

Zu den Vorkommnissen nach der gestrigen Kommunistenkundgebung im Lustgarten gibt das Polizeipräsidium folgende Darstellung:

Nach der Demonstration um 7,30 Uhr abends beschlagnahmte ein Oberwachtmeister ein Plakat, welches eine Beleidigung des Reichspräsidenten bedeutete. Der Polizeibeamte wurde dabei durch einen Messerstich an der Unterlippe leicht verletzt, der Täter ist unbekannt entkommen. Um 8 Uhr entstanden auf dem Schloßplatz Verkehrsschwierigkeiten, da mehrere starke Züge dicht aneinandergedrängt folgten. Den Anordnungen der Beamten, die eine Durchfahrt der Straßenbahnen und Omnibusse ermöglichen wollten, wurde nicht Folge geleistet. Es kam zu Zusammenstößen, Polizeiverstärkung wurde herangezogen und bildete eine Sperrkette, konnte sich auch der Angreifer erwehren. Der Abmarsch war hierdurch ins Stocken geraten, es wurden Berittene herbeigeholt, die den Zug an dieser Stelle auflösten. Um 9 Uhr wurden an der Ecke Kaiser-Wilhelm- und Münzstraße Beamte des Begleitkommandos mit Steinen beworfen, und als sie darauf vorgingen, wurde ein Oberwachtmeister durch einen Dolchstich am Oberschenkel leicht verletzt. An dieser Stelle wurden zwei Schreckschüsse von der Polizei abgegeben, durch die jedoch niemand verletzt wurde. Bei der Räumung des Bülowplatzes mußte, da Widerstand geleistet wurde, von den Polizeiknüppeln Gebrauch gemacht werden. Um 9½ Uhr verbot die Polizei an der Blumen- Ecke Schillingstraße das Weitersingen eines die Polizei beleidigenden Liedes. Das Singen wurde aber fortgesetzt, auch Fahnenstangen als Waffen gebraucht, weshalb auch hier der Polizeiknüppel angewendet und zwei Verhaftungen vorgenommen wurden. Im ganzen sind 17 Personen festgestellt worden, und zwar zwei wegen Landfriedensbruchs, sechs wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, vier wegen Nichtbefolgung von Befehlen der Polizei, einer wegen groben Unfugs, einer wegen Aufreizung, zwei wegen Diebstahls (?), einer wegen Beamtenbeleidigung und einer wegen Anbietens verbotener Druckschriften. Insgesamt sind neun Polizeibeamte leicht verletzt worden und, soweit festgestellt, acht Demonstranten, die von den Arbeitersamaritern fortgeschafft wurden. Soweit die Polizei ermittelt hat, sind Schußverletzungen nicht erfolgt. Die in der Presse aufgetauchte Behauptung, daß ein Mann einen Kopfschuß erhalten habe, ist durch die polizeilichen Ermittlungen nicht bestätigt. Verschiedene Behauptungen des „Berliner Lokal-Anzeigers", wie, daß der Polizeivizepräsident Dr. Friedensburg das beschlagnahmte Plakat wieder freigegeben habe, erklärt Dr. Friedensburg als unwahr.

Schwindel mit Kriegsgräberfürsorge.

Ein falscher Kriegsgräberfürsorger betreibt jetzt einen großangelegten Schwindel. Ein Mann, der sich Dr. Köhler nennt, versendet an Banken, Kaufhäuser und andere größere Geschäfte Sammellisten einer angeblichen „Volksgemeinschaft zur Pflege unserer Kriegergräber e. V.", Linkstr. 16. Den Listen liegt in einer grünen Mappe ein Schreiben bei, nach dem diese Vereinigung sich die Aufgabe gestellt habe, die Kriegergräber im ehemaligen Feindesland einheitlich zu schmücken und zu pflegen. Weil die Zuschüsse der Regierung nicht reichten, so habe der Minister des Innern eine öffentliche Sammlung erlaubt, die ursprünglich bis zum 15. Juni dauern sollte, dann aber bis zum 21. Oktober d. J. verlängert wurde. Eine „Abschrift" der angeblichen ministeriellen Erlaubnis liegt jeder Liste bei. Während nun sonst bei derartigen Sammlungen die Spender in der Regel gebeten werden, ihre Beiträge an eine bestimmte Stelle einzusenden oder auf ein angegebenes Postscheckkonto einzuzahlen, bittet „Dr. Köhler", einen Beauftragten der Volksgemeinschaft zu erwarten und ihm persönlich den gespendeten Betrag auszuhändigen. Vorgestern erschien nun auf einer Berliner Bank, die ebenfalls das Rundschreiben erhalten hatte, ein Mann unter dem Namen Dr. Köhler, um eine Spende abzuholen. Der Bankkassierer aber, an den er geriet, war mißtrauisch und legte das Rundschreiben mit der Sammelliste und der Abschrift dem Schatzmeister des Volksbundes für deutsche Kriegsgräberfürsorge vor, der zufällig auf der Bank zu tun hatte. Dieser erkannte sofort, daß es sich um einen Schwindel handelte schon daraus, daß für eine derartige Sammlung nicht der Minister des Innern, sondern der Wohlfahrtsminister die Erlaubnis zu erteilen hatte. Die „Abschrift" der ministeriellen Erlaubnis erwies sich dann auch als gefälscht. „Dr. Köhler", der wohl schon gemerkt hatte, daß man ihm nicht traute, war verschwunden, bevor man noch den Schwindel hatte feststellen können. Die Kriminalpolizei hat den Schwindler noch nicht gefunden. Die ganze Volksgemeinschaft zur Pflege unserer Kriegergräber e. V. besteht ebensowenig, wie ein Bureau in der Linkstr. 16. Mitteilungen zur Ergreifung des Schwindlers nimmt die Dienststelle D. 2 im Polizeipräsidium entgegen.

Würdige Verfassungsfeiern in den Schulen.

Aus Lehrerkreisen geht uns folgende Anregung zu:

Ein dankenswerter behördlicher Erlaß ist den Schulleitern zugegangen. Es soll dafür Sorge getragen werden, daß die für den 11. August angeordneten Schulfeiern in würdiger Form abgehalten werden. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre glaube ich aber nicht, daß ein solcher Erlaß genügt. Bei republikanischen Feiern pflegen noch immer manche Schulleiter dem Begriff „Würde" eine eigenartige Deutung zu geben. Die Schulbehörde müßte noch einen Schritt weiter gehen. Noch immer kommt es vor, daß der Festvortrag, der Mittelpunkt der gesamten Feier, irgendeinem Herrn des Kollegiums aufgezwungen wird, auch wenn er der Republik und Verfassung so ablehnend wie möglich gegenübersteht. Das sollte unter allen Umständen vermieden werden. Auch die musikalische Umrahmung läßt sehr oft zu wünschen übrig. Schülerdeklamationen aus dem reichen Schatz republikanischer oder verfassungstreuer Gedichte (erinnert sei an das herrliche Freiligrathsche Trutzlied: Schwarz-Rot-Gold) finden am Verfassungstage in den meisten Schulen überhaupt nicht statt. Wie soll da in den Schülern eine festliche Stimmung hervorgerufen werden? Sie freuen sich über den freien Tag. Das ist alles. Die Schulbehörde und auch das Ministerium sollten offizielle Vertreter zu den Feiern in einzelne Schulen ihres Bezirks entsenden, um durch ihre Anwesenheit der Veranstaltung eine größere Weihe zu verleihen und sich zugleich von den würdigen Verlauf der Feiern persönlich zu überzeugen.

Vom Tanz in den Tod.

Sieben Personen bei einem Autounfall getötet.

Burgbernheim, 5. August. Heute nacht 12 Uhr ereignete sich zwischen Wildbad-Burgbernheim und der Ortschaft Burgbernheim ein schwerer Autounfall. **Ein mit zwölf Personen aus Uffenheim auf dem Heimwege befindliches Personenauto kam auf der ziemlich steil abfallenden Straße ins Schleudern und stürzte den Abhang hinab, wobei es sich mehrmals überschlug.** Der Kraftwagen blieb am Bahndamm liegen. **Sieben Personen fanden den Tod,** drei wurden schwer verletzt. Ueber das Schicksal der beiden anderen liegt noch keine Meldung vor. Die Verunglückten befanden sich auf der Rückkehr von einem Tanzkränzchen.

Ein weiteres Telegramm aus Burgbernheim meldet: Die Insassen des Autos hatten an einem Kränzchen teilgenommen. Auf dem steilen Abhang in der Nähe des Bahnhofs Burgbernheim bemerkte der Chauffeur, daß die Bremse des Autos nicht in Ordnung war und forderte die Insassen auf, auszusteigen. **Der Wagen geriet jedoch ins Rollen und stürzte die Böschung hinab.** Bei dem Unglück haben folgende Personen den Tod gefunden: Die **beiden Töchter** Marie und Luise **des Zahntechnikers Lackner** aus Uffenheim, die **Tochter Martha des Schulrats Hartler** aus Uffenheim, die **Försterstochter Trina Wehrmann** aus Frankenberg, zwei weitere Mädchen, **Johanna Probst** und **Elise Doertsch** und der **Chauffeur Stierhof** aus Neustadt an der Aisch; ferner **ein Reichswehrsoldat** und **seine Braut.** Schwerverletzt ist der Oberpostsekretärssohn Georg Hoffmann aus Uffenheim. Ein Sohn des Eisenwarenhändlers Geuder aus Uffenheim ist leichter verletzt.

Burgbernheim, 5. August. (WTB.) Der Kraftwagen, ein Sechssitzer, in dem sich zwölf Personen befanden, stürzte an einer scharfen Kurve **die 30 Meter hohe Böschung hinunter auf den Bahndamm,** alles unter sich begrabend. **In demselben Augenblick passierte eine Lokomotive die Unglücksstelle und schleifte den Unglückswagen und die Verunglückten noch etwa 150 Meter weit.** Die Verunglückten blieben in furchtbarem Zustande auf dem Gleise liegen. Nach einer Stunde war das Rothenburger Sanitätsautomobil am Unfallplatz und beförderte die Schwerverletzten nach Uffenheim bzw. Neustadt an der Aisch. Die Toten wurden in der Güterhalle des Bahnhofs Burgbernheim aufgebahrt und werden heute mittag nach den Heimatsorten gebracht werden.

Heimkehr von Wolgadeutschen.

Das Zentralkomitee der Deutschen aus Rußland, dem die Fürsorge für die Rußlanddeutschen obliegt, gibt folgendes bekannt: „Die Rücktransportarbeiten der Wolgadeutschen, die vom „Zentralkomitee der Deutschen aus Rußland" und dem „Verein der Wolgadeutschen" bereits seit einigen Monaten geleitet werden, haben die ersten Erfolge zu verzeichnen. 270 Personen haben die Einreiseerlaubnis von der Sowjetregierung erhalten und werden demnächst ihre Rückreise, nach mancherlei schweren Schicksalen in den letzten Jahren, antreten. Es ist zu hoffen, daß auch für die Kolonisten aus den anderen Gebieten Rußlands zum Frühjahr nächsten Jahres eine Rücktransportmöglichkeit in die Heimat gefunden wird. Wir bitten deshalb alle unsere Landsleute aus dem jetzigen Rußland, die Kolonisten aus der Ukraine, der Krim, dem Kaukasus, die Deutschen aus Petersburg, Moskau usw., soweit sie den Wunsch haben, wieder in ihre alte Heimat zurückzukehren, sich umgehend beim „Zentralkomitee der Deutschen aus Rußland", Berlin NW. 52, Schloß Bellevue, zu melden, um rechtzeitig registriert zu werden. Es ist anzugeben: 1. Vorname, Vatersname, Familienname des Ehemannes, der Ehefrau (auch Mädchenname der Ehefrau) und die Namen der Kinder; 2. Geburtstag — Monat und Jahr — und genauer Geburtsort aller Familienmitglieder; 3. jetziger genauer Wohnort (Wohnungswechsel ist mitzuteilen); 4. Staatsangehörigkeit; 5. welche Ausweispapiere besitzen sie (Geburts- oder Taufschein, Trauschein, alte russische Pässe, Personalausweise, Legitimationskarte usw.)?"

Der Tod auf den Schienen. Mit abgefahrenem Kopfe wurde, wie wir mitteilten, auf dem Bahnhof Charlottenburg ein zunächst unbekannter Mann auf den Schienen aufgefunden. Er hatte eine Kokainschachtel mit dem Namen Paul Nolte bei sich. Der Tote ist jetzt festgestellt als ein 40 Jahre alter Ingenieur Paul Nolte aus der Friedrichstraße 113, der dem Kokaingenuß ergeben war. Ob er in hochgradiger Nervosität aus dem Zuge gefallen oder sich selbst vor die Räder geworfen hat, ließ sich nicht bestimmt ermitteln.

Vier Personen im Heuschober verbrannt.

Prag, 5. August. (Wtb.) In der Nacht von Dienstag zu Mittwoch geriet in der Gemeinde Rostock bei Prag ein Heuschober in Brand, der erst gestern morgen gelöscht werden konnte. Als man die Brandstätte durchsuchte, fand man in dem Aschenhaufen zwei verkohlte Leichen, vermutlich von Landstreichern, die den Heuschober als Nachtlager benutzen wollten. Im Laufe des Vormittags wurden von der Feuerwehr zwei weitere vollständig verkohlte Leichen aufgefunden. Da die Asche noch glühte, mußten die weiteren Arbeiten aufgeschoben werden. Es kann angenommen werden, daß sich noch weitere Leichen unter der Asche befinden.

Feuergefecht mit der Polizei.

Cuxhaven, 5. August. (TU.) Der Krabbenfischer Küker hatte gestern abend einen Streit mit seiner Familie, der in eine Schlägerei ausartete. Als die erbetene polizeiliche Hilfe anrückte, schoß Küker mit einem Revolver auf die Beamten. Diese holten Verstärkung herbei, und nun begann zwischen Küker und den Beamten ein regelrechtes Feuergefecht, wobei Küker sogar mit Handgranaten warf. Küker zog sich schließlich in einem hinter seinem Hause gelegenen Schuppen zurück und erschoß sich.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

14. Kreis. Neukölln. Freitag abend 7 Uhr Sitzung des Bildungsausschusses Reckarstr. 2.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Werbebezirk Neukölln. Alle Genossen und Genossinnen, die am Sonntag beim Kinderfest des Ortsausschusses als Helfer tätig sein wollen, treffen sich heute abend ½8 Uhr am Rathaus.

Gewerkschaftsbewegung

Bezirkstag der Bauarbeiter.

Trotz schwerer Krise starke Mitgliederzunahme.

Am 1. August hielt der Bezirksverband Berlin-Brandenburg seinen Bezirkstag in Berlin ab, der von 62 Baugewerkschaften mit 96 Abgeordneten und einer Anzahl Gäste aus den Baugewerkschaften besucht war. Vom Bundesvorstand war **Bernhard**, und als Vertreter der Jugendabteilung **Pisternik** anwesend. Den Bericht erstattete der Bezirksverbandsvorsitzende **Lehmann**.

Die Bautätigkeit war im ersten Halbjahr 1925 im Hoch-, Beton- und Tiefbau im ganzen Bezirk nur eine sehr mäßige. Während einer kurzen Periode im zweiten Halbjahr trat eine Belebung ein, die die Facharbeiter voll in Anspruch nahm. Vom Oktober an trat ein merklicher Rückgang in den Provinzorten ein, während in Berlin zu der Zeit noch volle Beschäftigungsmöglichkeit vorhanden war. Die frühzeitig eintretende Frostperiode brachte einen vollständigen Stillstand der gesamten Bautätigkeit. Im ersten Halbjahr 1926 war die Arbeitslosigkeit stärker als selbst in den Jahren der stärksten Wirtschaftskrisen der Vorkriegszeit. Sogar jetzt, in der günstigsten Zeit des ganzen Jahres, sind noch 2569 Facharbeiter und 2612 Hilfsarbeiter arbeitslos. Wenn alle die Bauarbeiter, die von allen Unterstützungseinrichtungen ausgesteuert sind und sich deshalb nicht mehr zur Arbeitslosenkontrolle melden, hinzugerechnet werden, dann ergibt sich, daß Ende Juli 1926 rund

35 Proz. aller Bauarbeiter arbeitslos

sind. In ähnlicher Weise hat sich die Wirtschaftskrise in allen übrigen Gruppen des Baugewerbes und in allen Spezialberufen geltend gemacht. Wenn die vom Reich in Aussicht gestellten Maßnahmen zur Belebung des Baugewerbes praktischen Wert bekommen sollen, dann muß endlich in allen dafür maßgebenden Kreisen weiter darauf gedrängt werden, daß ein ausreichendes Bauprogramm aufgestellt, finanziert und durchgeführt wird.

Der Frage des **Bauarbeiterschutzes** muß unbedingt von den Baugewerkschaften mehr Beachtung gegeben werden. Die **Werbetätigkeit** hat unter der ungünstigen Bautätigkeit gelitten. Es ist deshalb um so mehr beachtlich, daß die Mitgliederbewegung an sich **stabiler** geworden und die Mitgliederzahl vom 1. Januar 1925 bis zum 1. Juli 1926 **von 29604 auf 35806 gestiegen ist**. Daran sind die Maurer mit 45,2 Proz., die eigentlichen Bauhilfsarbeiter mit 26,8 Proz beteiligt. Der verbleibende Rest von 18 Proz. entfällt auf die 20 übrigen Berufsgruppen des Baugewerksbundes.

Nicht nur im Hochbaugewerbe, sondern auch in den Baunebengewerben ist ein sehr starker **Zuwachs an Lehrlingen** zu verzeichnen. Statt 2233 Maurerlehrlingen Ende 1924 waren Ende 1925 in 136 Lohngebieten 3498 Maurerlehrlinge vorhanden, so daß bei 17 933 Gesellen 19,5 Proz. Lehrlinge beschäftigt wurden. Dieser Durchschnittssatz **übersteigt** den der Vorkriegszeit stark. In einigen Landgebieten steht die **Lehrlingszüchterei** in Blüte. Geradezu schändliche Zustände herrschen im **Glaserberuf**, wo bei 500 sogenannten „Kellerkrautern" **überhaupt keine Gesellen**, dafür aber je zwei bis drei Lehrlinge beschäftigt werden. Die Zahl der im Baugewerksbund organisierten Lehrlinge ist von 906 auf 1223 gestiegen.

Ueber **Lohnbewegungen, Arbeitseinstellungen, Abschluß von Orts- und Bezirksverträgen**, gegnerische Organisationen, Sozialisierungsfragen wurde eingehend berichtet und auf die Erfahrungen des letzten Jahres und die sich daraus für die Bauarbeiter ergebenden Konsequenzen hingewiesen.

Anschließend an den Bericht hielt **Bernhard**-Hamburg einen Vortrag über:

„Die Lohnpolitik des Bundes."

Wenn auch die gefällten Schiedssprüche nicht mit Ruhe von den Bauarbeitern hingenommen worden sind, so helfe dagegen doch kein untätiges Schimpfen, sondern wir müssen versuchen, **Einfluß** auf die Faktoren zu gewinnen, durch die allein nur eine Besserung zu erwarten ist. Neben der Tatsache, daß die Bauunternehmer heute stärker als früher organisiert sind, spielt eine gewisse Rolle, daß 5 Proz. der Gesamtbevölkerung direkt und indirekt vom Bau leben. Die wichtigsten Industriezweige werden durch sie beeinflußt. Die Industriellen sehen in den Bauarbeitern die **Schrittmacher für höhere Industrielöhne**. Deshalb hat die Industrie das größte Interesse daran, vor den „hohen" Löhnen der Bauarbeiter alle Welt graulich zu machen und dafür zu wirken, daß die „hohen" Bauarbeiterlöhne abgebaut werden. Es ist heute so, daß die Bauunternehmer Puppen in den Händen der Industriellen sind. Deshalb müssen sich alle Berufsgruppen mehr denn je zusammenschließen. Selbst in Regierungskreisen herrscht die Ansicht, daß die jetzigen Löhne der Bauarbeiter „untragbar" sind. Vor dem zentralen Schiedsgericht hatten die Unternehmer mit Denkschriften gut vorgearbeitet. Ihr Ziel geht dahin, den Lohn **auf den Friedensstand herabzudrücken** und es den Arbeitern zu überlassen, auf Kosten einer verlängerten Arbeitszeit die erhöhten Lebenskosten wieder aufzubringen.

In der Diskussion wurden Anstände gegen die Geschäftsführung des Bezirksvorstandes nicht erhoben. Die vorgelegten Anträge in bezug auf die **Förderung des Bauarbeiterschutzes** und Anmeldung der von auswärts kommenden Mitglieder im Verein des Arbeitsortes wurden **angenommen**. Die Förderung der **Bauhüttenbewegung** durch den bezirklichen Sozialisierungsfonds soll weiter betrieben werden.

Drei Anträge von **Oldenburg**-Königswusterhausen wurden mit den von Drügemüller vorgeschlagenen Abänderungen vom Bezirkstag **angenommen**.

Der erste Antrag betraf die Zustimmung zu dem Protest des Berliner Ortsausschusses **gegen das Verbot der „Roten Fahne"** mit dem Zusatz, daß der Bezirkstag Pressefreiheit **auch in Sowjetrußland** fordert.

Der zweite Antrag verlangt die **Freilassung der amerikanischen Gewerkschaftsführer** und im Zusatzantrag die Freilassung der Gewerkschaftsführer der Amsterdamer Richtung **in Sowjetrußland**, und daß diesen Emigranten die Rückkehr nach dort und Bewegungsfreiheit in Sowjetrußland gewährleistet wird.

Der dritte Antrag verlangt die **Freilassung der ungarischen Genossen**, insbesondere unseres Genossen **Vagi**, mit dem Zusatz, daß auch die noch immer inhaftierten Gewerkschaftsanhänger der Amsterdamer Internationale **in Sowjetrußland** freigegeben würden.

In den Bezirksvorstand wurden gewählt: als Vorsitzender Otto **Lehmann**, als Beisitzer **Röser, Kemnitz, Anton, Purfürst, Scheck, Bartelmann, Bach**.

Generalversammlung der Schuhmacher.

Die Schuhmacher hielten gestern im Gewerkschaftshaus ihre Vierteljahres-Generalversammlung ab. Nach dem vom Kassierer erläuterten Jahresbericht betrugen die Einnahmen und Ausgaben für die Zentralkasse im 2. Vierteljahr 14 123,20 M., der Bestand der Lokalkasse weist einen kleinen Rückgang von 10 158,32 M. auf 9948,70 M. auf. Der **Mitgliederbestand** ist von 3816 am 31. März auf 3739, also um 77 zurückgegangen.

Der Vorsitzende der Berliner Zahlstelle, **Hörtz**, der den Geschäftsbericht gab, warnte vor unbegründeten Hoffnungen, die die in den letzten Tagen eingetretene geringe Besserung der Geschäftslage in der Berliner Schuhindustrie erwecken könne, die aber alljährlich um diese Zeit eintrete. Die Zahl der erwerbslosen Schuhmacher, in Berlin zurzeit 2800, sei immer noch bedenklich groß. Beschäftigt sind in der Berliner Schuhindustrie jetzt etwa 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Diese Zahlen zeigen aber auch im Vergleich mit den **Mitgliederzahlen**, wie viele Schuhmacher noch für die Organisation gewonnen werden müssen. Das beste Organisationsverhältnis besteht in der Maßbranche, die fast restlos organisiert ist.

Hier gelang es auch, einen **neuen Tarifvertrag** abzuschließen, der fast dem alten gleichkommt. Auch die **Schäftemacher** konnten ihren Tarifvertrag fast unverändert halten. Das gleiche gilt für die **Heimindustrie**. Die **Ballschuhmacher** kamen zu keinem Neuabschluß ihres Tarifes mehr, ebenso die in der **Reparaturbranche** Beschäftigten. In diesen beiden Branchen trifft aber die Berufskollegen selbst ein großer Teil der Schuld, da viele es nicht mehr für nötig halten, der Organisation anzugehören. Diese Interesselosigkeit hat sich jetzt bitter gerächt.

Hörtz berichtete weiter, daß auch die Unternehmer in der Schuhindustrie einen Lohnabbau forderten, aber bis jetzt nur in den wenigsten Fällen Erfolg gehabt hätten. Er forderte die Versammelten auf, in den Betrieben auf die Einhaltung der tariflichen oder im Betrieb üblichen Löhne zu halten, damit ihnen später die heute Erwerbslosen keine Vorwürfe machen können.

Nach dem Bericht des Vorsitzenden setzte eine lebhafte Diskussion ein, die nicht immer so sachlich gehalten war wie der Geschäftsbericht des Vorsitzenden. Zum eigentlichen Geschäftsbericht wurde sehr wenig gesprochen. Die Generalversammlung wurde dann vertagt und beschlossen, den Bericht vom Verbandstag in der nächsten Versammlung zu geben.

Dringender Appell der englischen Bergarbeiter.

Sie wollen noch wenigstens vier Wochen durchhalten.

Bochum, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Der englische Bergarbeiterverband hat einen Appell an die internationale Bergarbeiterschaft gerichtet, in dem ausgeführt wird, es müsse **Ehrensache** der internationalen Arbeiterschaft sein, die finanzielle Unterstützung der Streikenden **noch wenigstens für vier Wochen** sicherzustellen, da sich voraussichtlich in den nächsten Wochen das Schicksal der englischen Bergarbeiterschaft und damit das Schicksal der ganzen Arbeiterschaft auf dem Kontinent in bezug auf Lohnbewegung und Arbeitszeit **entscheiden** werde.

Die Bergwerksbesitzer hoffen auf Erschöpfung der Arbeiter.

London, 5. August. (TU.) Der Präsident der Grubenbesitzervereinigung hatte gestern eine Besprechung mit dem Bergbauminister. Dieser Besprechung folgte eine mit dem Zentralkomitee der Grubenbesitzervereinigung. Die Grubenbesitzer vertraten bei dieser Sitzung die Ansicht, daß die Bergarbeiter noch **ein gutes Stück mehr Entgegenkommen** zeigen müßten, bevor über ein allgemeines Abkommen verhandelt werden könne. Bei der Erwägung dieser Tatsache dürfe man aber nicht vergessen, daß Tendenzen für einen **inneren Zusammenbruch** vorhanden seien, und daß man wisse, daß diese Tendenzen den Führern der Bergarbeiter große Sorge verursachten. Während also die Bergarbeiterführer ihr Möglichstes täten, ihre Anhänger an der Rückkehr zur Arbeit zu verhindern, bemühten sie sich gleichzeitig, hinter der Szene einen Weg für die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu finden. Das Interesse in den Grubenbezirken konzentriert sich gegenwärtig auf den Ausgang der Abstimmungen über die Vermittlungsvorschläge der Kirche. Aber selbst **wenn** die Vorschläge von allen Bezirken angenommen werden sollten, ist zu berücksichtigen, daß die Regierung **jede** Unterstützung dieser Vorschläge **ablehnt**, da sie die Gewährung einer weiteren viermonatlichen Subventionszahlung bedingt.

Verantwortlich für Politik: Dr. **Curt Geyer**; Wirtschaft: **Artur Saternus**; Gewerkschaftsbewegung: **J. Steiner**; Feuilleton: Dr. **John Schikowski**; Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt**; Anzeigen: **Th. Glocke**; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! **Verwaltungsmitglieder!**

Am Freitag, den 6. August, findet keine Sitzung der mittleren Ortsverwaltung statt.

Die Ortsverwaltung.

Der **gute Kapitän-Kautabak** ist in den meisten Zigarrengeschäften erhältlich

C. Röcker, Berlin

Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3861

STEINS 95-Pf.-Tage

- Damen-Hemden a. gut. Wäschestoff, schön. Grg. 95 Pf.
- Jumper-Untertaille mit Trägern u. Vollachs. 95 Pf.
- Mädchen-Hemden mittlere Größen . . 95 Pf.
- Knaben-Hemden mittlere Größen . . . 95 Pf.
- Badetrikots für Damen u. Herren 95 Pf.
- Küchen-Handtücher Reinleinen Stück 95 Pf.
- Küchen-Handtücher Gerstenk. 2 Stück 95 Pf.
- Stuben-Handtücher Halbl. Jacquard . . Stück 95 Pf.
- Handtuchstoff 3 Meter . . . . 95 Pf.
- Frottierhandtücher Kräuselstoff Stck. 95 Pf.
- Obergarn 1000 Mtr., 4fach, schwz. und weiß . . 3 Rollen 95 Pf.
- Dam.-Strumpfbänd. reich garniert, 2 P. 95 Pf.
- Dam.-Strümpfe engl. lg. verst. Ferse . 3 Paar 95 Pf.
- Frau.-Strümpfe diech. lg. Baumwolle . 2 Paar 95 Pf.
- Dam.-Strümpfe Kunsts. i. schw. u. farbig . Paar 95 Pf.
- Dam.-Strümpfe englisch lang Seidenflor Paar 95 Pf.
- Dam.-Strümpfe engl. lg. Mako Doppels. . Paar 95 Pf.
- Herren-Socken wollgemischt grau . . 3 Paar 95 Pf.
- Herren-Socken Baumwolle farb. gemust. 2 Paar 95 Pf.
- Kunstseid. Socken mod. Farben Paar 95 Pf.
- Kind.-Strümpfe engl. lg. Baumwolle . 2 Paar 95 Pf.
- Damen-Schlüpfer kräftige Baumwolle 95 Pf.
- Damen-Hemdhosen gewirkt 95 Pf.
- Damen-Unterhemdchen 2 Stck. 95 Pf.
- Kinder-Schlüpfer Baumw. alle Größ. 2 Stck. 95 Pf.
- Herren-Normal-Hosen . . . 95 Pf.
- Oberhemden-Ersatz m. 1 Krag. farbig . . 95 Pf.
- Weiße Serviteurs m. Sattel und Seitenteil . . 95 Pf.
- Sport-Serviteurs neue Dessins . . . 2 Stück 95 Pf.
- Weiße Sportkragen Pikee, mod. Form, 4 St. 95 Pf.
- Selbstbinder neue Muster . . . 95 Pf.
- Selbstbinder gute Qualitäten . . . . 2 Stück 95 Pf.
- Hosenträger mit Lederpatten oder Gummizug. 95 Pf.
- Sport-Mützen für Herren und Knaben . Stück 95 Pf.
- Herren-, Jagd-, Klub-Mützen 95 Pf.
- Knaben-Matrosen-Mützen 95 Pf.
- Klammerschürzen Maschinenstick. Stück 95 Pf.

- 1 Wandschrank 95 Pf.
- 1 Marktkorb . . 95 Pf.
- 1 Ausklopfer u. 1 Bürstentasche zus. 95 Pf.
- 1 Kollier 800 Silber, z. Aussuch. 95 Pf.
- 1 Damenring 333 Gold 95 Pf.
- 1 Armband 800 Silber 95 Pf.
- 1 Bubi-Kamm und Spange. . 95 Pf.
- 1 Frisier-Kamm-garnit. 95 Pf.
- Mittendecke weiß, mit Einsatz und Spitze . Stück 95 Pf.
- Läufer weiß, mit Einsatz und Spitze. . . . . . Stück 95 Pf.
- Bettwandschoner Aida ges. St. 95 Pf.
- Maschinengarn 1000-Mtr.-Kreuz-Spule=5 Rollen 95 Pf.
- Marktkorbdecken Maschinenstickerei St. 95 Pf.
- Küchenhandtücher weiß u. grau ges. Stück 95 Pf.
- Hemdentuch Abschnitte bis . . . . . 3 Meter 95 Pf.
- Linon 130 cm breit . . . . Meter 95 Pf.
- Makotuch für feine Leibwäsche Meter 95 Pf.
- Bettkattun in verschied. Mustern Meter 95 Pf.
- Kopfkissenbezüge weiß, fertig 95 Pf.
- Schotten f. Kinderkl., lebh. feine Farb., doppeltbr., Meter 95 Pf.
- Kleider-Schotten mod. Plaidmstr. doppbr. Meter 95 Pf.
- Blusenstreifen hell u. dunkel, in Zell. Must., Mtr. 95 Pf.
- Blusenflanell sport-Streif u. gut. Qualitäten . Mtr. 95 Pf.
- Crêpe marocain feiner Buntdruck, Meter 95 Pf.
- Kleiderstoff doppltbr., glatt u. gem., a. z. Konfirmat., Mtr. 95 Pf.
- Pullover-Weste Opal, in Falten gelegt . Stück 95 Pf.
- Binde-Kragen weiß und farbig Voile . . . Stück 95 Pf.
- Kragen für Kleider und Jacken Crêpe de Chine . Stück 95 Pf.
- Hemdenpassen Stickerei, mod. Form 2 Stück 95 Pf.

- Barmer-Klöppel Spitz. u. Eins. 6—10 m-Coup. 95 Pf.
- 3 Porzellanteller tief od. flach 95 Pf.
- 4 Porzellanteller 19 cm . . . . 95 Pf.
- 3 Paar Tassen Porzellan mit Goldrand 95 Pf.
- 1 Teekanne Porzellan, 1 Liter weißgold . . . 95 Pf.
- 4 Kompottschalen mit Blumen u. Früchten 95 Pf.
- Gobelin-Kissenplatte schöne Muster . 95 Pf.
- Querbehang grau mit bunter Kante und Fransen 95 Pf.
- Etamin 56 cm br., gestreift, 3 Meter 95 Pf.
- Mull gestreift, ca. 115 breit, Meter 95 Pf.
- Gardinen Schalbreite, gute Qualität . . . . . . Meter 95 Pf.
- Jumper-Schürzen bunt, indigo, gestreift St. 95 Pf.
- Wirtschafts-Schürzen gestreift Stück 95 Pf.
- Mädchen-Hänger Schal-Schürze Gr. 45-70 Stck. 95 Pf.
- Spiel-Höschen für Knab. u. Mädch. verschied. Gr. St. 95 Pf.
- Knab.-Schürz. m. gr. bed. Tasche Größe 45-55 Stück 95 Pf.
- 1 Einkaufsbeutel doppelseitig Wachstuch 95 Pf.
- 1 Markttasche mit Lederhenkel doppeln. Wachst. 95 Pf.
- 1 Leder-Sportgürtel 3 cm breit 95 Pf.
- 1 Herr.- od. Damen-Portemonnaie Leder 95 Pf.
- 1 Kinder-Rucksack mit Lederriemen . . 95 Pf.

- Rolltücher Stück 95 Pf.
- Poliertüch. 12 Stück 95 Pf.
- Kaffee-Decke . 95 Pf.
- 1 Fensterleder 95 Pf.
- 1 Manikurkast. 95 Pf.
- 1 Roßhaar-Handfeger 95 Pf.
- 1 Fußmatte 35×60 cm 95 Pf.
- 1 Spiegel 28×33 cm 95 Pf.
- Musselin.-Blusen mit Kragen, nett verarb. 95 Pf.
- Kinder-Kleider schöne Muster . 95 Pf.
- 1 Ess- oder Dessert-Besteck Ebenholz 95 Pf.
- 6 Mokka- od. 3 Kaffee-Löffel Alpaka 95 Pf.
- 1 Salatbesteck od. 1 Tortenheber 95 Pf.
- 1 Konsol Sand, Seife, Soda fein lack. 95 Pf.
- 1 Wandschoner, ff. lackiert 95 Pf.
- 1 Kaffee- u. 1 Zucker-Büchse ff. lack., zus. 95 Pf.
- 1 Brotkorb, ff. lack. verschied. Muster . . 95 Pf.
- 1 Semmel- u. 1 Zwieb.-Behälter ff. lack., zus. 95 Pf.
- 1 Universalsieb Weißblech, 20 cm 95 Pf.
- 5 Stck. Steins Fliederseife . 95 Pf.
- 3 Stck. Toiletteseife im Karton sortiert 95 Pf.
- 2 Rg. Kernseife 2 Pk. Seifenpulv. 1 Scheuertuch . 95 Pf.
- 1 Zelluloidhandspiegel . . . 95 Pf.
- 1 Dtzd. Damenbinden reine Watte 95 Pf.
- 1 Frisierkamm 1 Handspiegel 95 Pf.
- 6 Teller tief oder flach oder 8 Stück 19 cm, Steingut 95 Pf.
- 2 Mesten zum Aussuch., Steing. 95 Pf.
- 1 Butterdose weiß oder bunt ½ Pfd., Steingut 95 Pf.
- 2 Milchtöpfe mit Schrift, Steing. 95 Pf.

- 1 Satz Schüsseln Steingut, 6 Stück 95 Pf.
- 1 Schmortopf Em., o. Rg., 22 cm, o. 1 St. 20 cm, m. Rg. 95 Pf.
- 1 Kasserolle Emaille, mit Ring, 20 cm . . . . . . 95 Pf.
- 1 Schüssel flach, Emaille, 34 od. 36 cm . . . . . . 95 Pf.
- 1 Eimer Emaille, 28 cm, schwere Ware . . . . . . 95 Pf.
- 1 Satz Schüsseln flach Emaille, 3 Stück 95 Pf.
- 1 Schmortopf, Aluminium, mit Deckel . . . . 95 Pf.
- 1 Kasserolle, Aluminium mit Holzgriff, 16 cm 95 Pf.
- 1 Maschinentopf, Alumin., mit Ausguß, 14 cm 95 Pf.
- 12 Kompotteller Preßglas . . 95 Pf.
- 1 Satz Kompottschalen 4teil. 95 Pf.
- 1 Butter- u. Käseglocke Glas zus. 95 Pf.
- 6 Bierbecher gemustert oder geschliffene . . 95 Pf.
- 3 Likörgläser mit grünem Stiel 95 Pf.
- Damen-Taschentücher I. Batist 12 St. 95 Pf.
- Taschentücher für Damen und Herren, 6 Stück 95 Pf.
- Damen-Taschentücher I. Batist 6 St. 95 Pf.
- Arabias-Taschentücher 6 St. 95 Pf.
- 6 Rll. Krepptoilettepap. od. 8 Rll. glatt 95 Pf.
- 3 R. Butterbrotpapier fettdicht, à 100 Bl. 95 Pf.
- 12 Schreibhefte mit Löschbl. 95 Pf.
- 1 Kassette 50/50, Briefbogen und Umschläge . . . . 95 Pf.
- 1 Mischbesen od. Kokosbes. 95 Pf.
- 1 Schrubber, 1 Waschbürste, 1 Scheuerbürste 95 Pf.
- Schuhbürst., 1 Blank-, 1 Schmutz-, 1 Auftrag-Bürste 95 Pf.
- 1 Quirl-Garnitur 7-teilig . . . 95 Pf.
- 1 Wichs- oder Putzkasten 95 Pf.
- Handschuhe für Damen 2 Paar 95 Pf.
- Manschett.-Handschuhe Paar 95 Pf.
- Dirndl-Schlüpfer mit Kordelsohle 36/42 . 95 Pf.
- Wasch-Seide in mod. Karos u. Streifen . . . Mtr. 95 Pf.
- Voile reine Seide, mod. Blumenmuster . . . . 95 Pf.
- Flanell reine Wolle . . . . Mtr 95 Pf.
- Kunst-Seidenband zirka 11 cm breit, 3 Mtr. 95 Pf.
- 1 Korsett Hüfthalter-Form, mit 2 Strumpfhaltern . . . 95 Pf.
- 1 Trikotseide-Büstenhalter 95 Pf.
- 2 Pfund Husten-Mischung 95 Pf.

Wilhelm Stein

Chausseestrasse 70-71 • BERLIN N • Chausseestrasse 70-71

Verkauf nur soweit Vorrat! — Benutzen Sie zum Einkauf die Vormittagsstunden! — Mengenabgabe vorbehalten!